



Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: BÜNDNIS 90/Die Grünen, Gruppe FDP/Die Unabhängigen, SPD, Gruppe Die Linke/Die Partei Datum: 17.11.2023	Antrag	2023/396
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/Die Grünen, Gruppe FDP/Die Unabhängigen, SPD und Gruppe Die Linke/Die Partei vom 16.11.2023 zum Thema "Schaffung einer Hebammenzentrale für Hebammenleistungen im Landkreis Lüneburg"

Produkt/e:

111-110 Büro des Landrats

Beratungsfolge

Status Datum Gremium

Ö 23.11.2023 Ausschuss für Soziales und Gesundheit
N 04.12.2023 Kreisausschuss

Anlage/n: Originalantrag

Beschlussvorschlag Antragsteller:

Um die freiberuflichen Hebammen in ihren verantwortungsvollen Aufgaben zu unterstützen und die Geburtshilfe in der Region zu stärken, beantragen wir eine zentrale Anlaufstelle für Mütter, Väter und Familien, durch die alle gleichermaßen kompetent vor und nach der Geburt beraten, ggf. betreut werden. Wir beantragen die Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Sicherstellung und Vernetzung für Hebammenleistungen im Landkreis Lüneburg:

1. Zentrale Vermittlung von Hebammen für die ambulante Betreuung von Frauen vor der Geburt, im Wochenbett und in der Stillzeit. Koordinierung von Vertretungen, Anmeldung freier Kapazitäten.
2. Entwicklung einer Plattform für selbständig tätige Hebammen zur Verbesserung der Vernetzung untereinander und mit anderen medizinischen Akteuren aus z.B. „Frühe Hilfen“, Ärztinnen und Ärzte aus der Gynäkologie und mit dem Jugend- und Gesundheitsamt der Kommunen.
3. Schaffung einer halben Stelle für eine Hebamme oder auch für Teilzeitkräfte mit einem festen Zeitfenster zur Beratung: Sprechstunden, telef./online/ Videochat: Beantwortung von Anfragen, Fragen oder Problemen rund um Schwangerschaft und Geburt.
4. Bereitstellung einer Räumlichkeit.

Sachlage:

Es ist bekannt, dass seit einigen Jahren, vor allem im ländlichen Raum und in der Verteilung, erhebliche Engpässe in der ambulanten Betreuung vor und nach der Geburt bestehen, so dass nicht mehr alle Familien die notwendige Begleitung einer selbständig tätigen Hebamme erhalten. Zudem ist die freie Wahl über den Geburtsort nicht mehr für alle Frauen im Landkreis Lüneburg möglich.

Die Verwaltung möge vorgestelltes Unterstützungsvorhaben - auch unter Einbindung der Stadt Lüneburg – prüfen und finanzielle Förderprogramme zur Geburtshilfe des Landes und Finanzierungsmöglichkeiten über die Krankenkassen darstellen. Im Austausch mit dem Hebammenverband sollen mögliche Handlungskonzepte erarbeitet werden.

Finanzielle Auswirkungen:

a) für die Umsetzung der Maßnahmen: _____ €

b) an Folgekosten: _____ €

c) Haushaltsrechtlich gesichert:

im Haushaltsplan veranschlagt

durch überplanmäßige/außerplanmäßige Ausgabe

durch Mittelverschiebung im Budget
Begründung:

Sonstiges:

d) mögliche Einnahmen:
wenn ja, umsatzsteuerliche Relevanz der Einnahmen:

ja

nein

klärungsbedürftig

Klimawirkungsprüfung:

Hat das Vorhaben eine Klimarelevanz?

keine wesentlichen Auswirkungen

positive Auswirkungen (Begründung)

negative Auswirkungen (Begründung)

Begründung: